



Heiliges Land im August 2004

Vom 03. bis 08. August 2004 besuchte eine Delegation der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Braunschweig das Heilige Land, mit der Absicht, den dort lebenden Christen Zeichen der Solidarität und der Verbundenheit zu geben und zugleich einen Einblick in die durch Mauer und Zaun äußerst schwierig gewordene Situation zu erhalten.

Die Selbstmordattentate, der Mauerbau, die Verfestigung der Siedlungen im Land, die Existenz verschiedener Verkehrsnetze für Israelis und Palästinenser und das geschlossene System von israelischen Kontrollpunkten haben das Land verändert. Ein geschlossenes palästinensisches Hoheitsgebiet gibt es nicht. Die Siedlungen, oder besser gesagt, die neu errichteten israelischen Städte zergliedern das Land. Die Kommunikation zwischen den politisch Verantwortlichen auf beiden Seiten tendiert gegen Null. Mehr als 90 % der Israelis befürworten mittlerweile unter dem Eindruck terroristischer Gewalttaten den Mauerbau, allerdings bei starker Kritik an ihrem Verlauf. Gadi Golan, ein Vertreter des israelischen Außenministeriums, das für religiöse Angelegenheiten zuständig ist, sagte uns beim Gespräch im Außenministerium in Jerusalem, dass die Situation keine Alternative zur Trennung der Kräfte erlaube. Man brauche die Mauer um Abstand voneinander zu gewinnen. Vielleicht finde man später einmal wieder zueinander. Die konsequente Trennung sei eine Voraussetzung für eine eventuelle gemeinsame Zukunft. Gegenwärtig aber sind die Wirkungen des Mauer- und Zaunbaus für die Palästinenser, in Sonderheit für die Christen, desaströs. Aber auch die Israelis leiden unter ständiger Kontrolle, unter dem durch die offenbar notwendige Allgegenwart der Sicherheitskräfte vermittelten Gefühl und der Realität der Bedrohung. Der Sicherheitsbedarf und seine Folgen traumatisieren beide Seiten.

Für Palästinenser und damit auch für viele Christen sind die Wirkungen existenzbedrohend. Soziale Beziehungen, Teilnahme am Arbeitsleben, Mitwirkung am kulturellen Leben, Besuch von Schulen und Einrichtungen zur Gesundheitsfürsorge sind nur noch unter extrem schwierigen Bedingungen aufrecht zu erhalten.

Eine Folge ist, dass immer mehr junge, gut ausgebildete Mitglieder der christlichen Gemeinden auswandern. Die Verantwortung für die Zurückbleibenden liegt zunehmend schwerer auf den Schultern weniger. Dennoch haben wir sowohl im intensiven Gespräch mit Bischof Munib Younan, in Begegnungen mit Gemeindegliedern in Bethlehem, Beit Jala und Ramallah ebenso wie in Jerusalem einen überzeugenden Einblick in die gelingende soziale, pädagogische und den interreligiösen Kontakt pflegende Arbeit gerade der evangelischen Christen erhalten. Die Mauer wird in diesem Wirken an der Basis durchbrochen, und gerade die evangelischen palästinensischen Christen sind Gewährsleute dafür, dass nicht Gewalt und Gegengewalt die einzigen Verhaltensmuster sind und bleiben, die das politische Klima im Land bestimmen. Beispielhaft bleibt das Engagement der Schule in Talita Kumi. Beispielhaft, weil hier u.a. von der Professorin Sumaya Farhat Nasser, die wir in Ramallah trafen, ein Gewaltpräventionsprogramm mit Jugendlichen erarbeitet wird. Sie selber muss von ihrem Wohnort in Ramallah nach Talita Kumi, eine Strecke, die in früheren Zeiten in wenigen Minuten mit dem Pkw zurückzulegen war, nun diverse Taxen nutzen, Kontrollpunkte durchlaufen, über Erdbarrieren klettern, um ihre Schüler zu erreichen. Ähnliches wurde von den Mitarbeitern eines Hospitals in Bethlehem berichtet, die, um ein krankes Kind in Jerusalem einem Facharzt vorzustellen, nahezu 3 Stunden Anfahrt für 12 Kilometer in Kauf nehmen müssen. „Sicherheit“ ist das am häufigsten gehörte und geschriebene Wort im Land. Gewiss, aus israelischer Sicht nach den Selbstmordattentaten verständlich, aber der Preis ist hoch: Demütigung und stumme Wut bleiben bei den Palästinensern zurück. Die jungen israelischen Soldaten müssen ihren Dienst tun, ohne Rücksicht auf die Würde, die Menschen im Umgang miteinander gebührt.

Auch im Auguste-Victoria-Krankenhaus in Ostjerusalem wird von solchen Problemen berichtet. Das moderne Krankenhaus, gerade für die Diagnose und Behandlung von Krebserkrankungen umfänglich hergerichtet, steht vor der Problematik, dass Patienten, für die es zugelassen ist, der Sperren wegen nicht kommen können und die Mitarbeitenden der Kontrollen wegen zu spät oder gar nicht kommen können, bzw. bereits um 14:00 Uhr gehen müssen, um ihre Wohnorte vor Beginn der Sperrzeiten zu erreichen. Dass dies auch wirtschaftliche Probleme mit sich bringt, liegt auf der Hand. Die politischen bzw. militärischen Sicherheitsentscheidungen haben zur Folge, dass die Arbeitslosigkeit unter

den Palästinensern, derzeit schon bei 70 % liegend, noch zunehmen wird. Die medizinisch-soziale Versorgung ist ebenso gefährdet wie die wirtschaftliche Gestaltungskraft. In unserer Delegation entstand der Eindruck, dass die militarisierte Politik letztendlich dazu führt, ein menschenwürdiges Leben in Palästina zu verunmöglichen.

Bewundernswert bleibt das hohe Engagement unserer evangelischen Geschwister in den arabischen Gemeinden. Bischof Munib Younan ist unermüdlich damit beschäftigt, Schwierigkeiten bei Ein- und Ausreise, bzw. Komplikationen in den gemeindlichen Abläufen mit israelischen Behörden, aber auch mit denen der Palästinenser in Ramallah zu verhandeln. Er genießt auf beiden Seiten hohes Vertrauen. Dennoch zeigte sich bei einem Rundgespräch im Außenministerium sowie auch bei den Kontakten mit palästinensischen Politikern, dass den drei christlichen Bischöfen im Heiligen Land kein wesentlicher Beitrag zur Lösung der politischen Problematik zugestanden wird. Auf unsere Frage, ob denn die Christen nicht durch ihre basisbezogene Friedensarbeit eine Art Versöhnungsdienst leisten könnten, wurde sehr deutlich „nein“ geantwortet.

Fast zu einem historischen Datum wurde der Besuch der Delegation in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Genau am Besuchstag ist entschieden worden, dass der frühere Propst zu Blankenburg, Julius Seebaß, und Familienangehörige in die Reihe der Gerechten aufgenommen werden. Sie hatten unmittelbar nach dem Krieg völlig entkräftete jüdische KZ-Häftlinge bei sich aufgenommen und deren Überleben ermöglicht.

In der „Halle der Namen“ wird die Delegation über ein Projekt informiert, das den Zugriff auf über 3 Millionen Kurzbiographien von Ermordeten oder Vermissten per Internet erlaubt. Mehr als 600 Namen aus Braunschweig, mehr als 60 aus Wolfenbüttel sind unter ihnen. Für die Landeskirche legte die Delegation in Yad Vashem einen Kranz nieder und war sich bewusst, dass die Vergangenheit nicht vergessen ist. Sie wusste, sie ahnte, und an dieser Stelle wurde aus der Ahnung Gewissheit, in wie viel Schuld, wie viel Elend, wie viel Leid und wie viel Schmerz wir verwoben sind.

Ein weiterer wichtiger Programmpunkt der Reise waren Gespräche mit politisch Verantwortlichen sowohl in Israel als auch in Palästina. Dank der Vermittlung des deutschen Geschäftsträgers in Ramallah, Herrn Dr. Reinecke, gelang es, sowohl einen Gesprächstermin bei einem Vertreter einer oppositionellen Partei, dem Arzt Dr. Mustafa Barghouthi, in Ramallah zu erhalten als auch einen Termin bei dem im November diesen Jahres verstorbenen Präsidenten Yassir Arafat.

Bei letzterem wurde die Gruppe außerordentlich freundlich empfangen und hatte dann Gelegenheit, ihre Leitfrage dem Präsidenten vorzutragen, nämlich die nach den gegenwärtigen und zukünftigen Lebensmöglichkeiten für christliche Gemeinden im Heiligen Land, bzw. in Palästina. Präsident Arafat antwortete auf diese Frage höflich in der Weise, dass er darauf verwies, er sei mit einer Christin verheiratet, und dies sei allein schon eine Gewähr dafür, dass für die Christen in besonderer Weise Lebensmöglichkeiten erhalten blieben. Auf die wiederholte Frage, wieweit Religionsfreiheit und Gestaltungsmöglichkeiten für christliche Kirchen auch in der eventuell zu erarbeitenden Konstitution in einem palästinensischen Staat vorgesehen würden, blieben die Antworten eher ausweichend. Im Unterschied hierzu hatte Barghouthi deutlich gemacht, dass die Konstitution zivilgesellschaftlichen Charakter haben müsse und sich an den Prinzipien eines säkularen Staates orientieren sollte.

Mit einer persönlichen Bemerkung sei dieser Bericht beschlossen:

Ich vermag nicht zu beschreiben, wie eine politische Lösung für Israel und Palästina aussehen könnte, die Frieden und Gerechtigkeit schenken könnte. Nur die Beispiele – die Grenzen der Religionen überschreitend, aber von ihren Quellen gespeist – zeigen, dass es nicht die Siegermentalität ist, die dem Leben dient.

Religionen haben alle sehr dezidierte Modelle des Lebens in versöhnter Verschiedenheit beschrieben und in allen Religionen wirken Menschen vom Geist der Liebe und der Versöhnung inspiriert oder stehen dafür ein, dass allen Menschen ein würdiges Leben zusteht. Sie lassen sich nicht von der Aussichtslosigkeit der Lage lähmen und erstarren nicht in Lethargie. Wir haben solche Menschen während unseres Besuches getroffen, und ich denke, es ist nötig, dass wir uns ihrer erinnern, in ihrer so schwierigen, fast trostlosen Situation und für sie beten, für sie einstehen an unserem Ort und sie auch als Beispiel für uns selber erinnern, wenn unsere Lage aussichtslos erscheint.

Und wir haben sie getroffen, in den verschiedenen Gruppen, dort, wo Menschen muslimischen, christlichen oder jüdischen Glaubens mit großer Nüchternheit sagen: Auf Gewalt zu setzen bringt den Tod. Wir müssen Modelle, wir müssen Wege der Versöhnung miteinander beschreiten.

Ich bin dankbar, dass gerade die Christen im Heiligen Land – es sind, wie gesagt, nur wenige, und sie sind zwischen die Mühlsteine einer menschenverachtenden Politik geraten – mit ihrem Glaubens- und Lebenszeugnis dafür stehen, dass die Liebe und dass die Versöhnung nicht nur Worte sind, sondern dass sie Triebkräfte werden – gewiss im Moment nur an der Basis, aber dies um so deutlicher – für eine neue Gesellschaft. Sie hoffen auf unser Gebet, auf unseren Besuch, auf unsere geschwisterliche Begleitung. Lassen wir sie nicht im Stich.

Landesbischof Dr. Friedrich Weber